

Universität Bern
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Sommersemester 2003

Seminar: Politische Parteien im
Wandel - Lokalparteien

Prof. Dr. Andreas Ladner
Institut für Politikwissenschaften

Grosse Seminararbeit
Abgabetermin: 30. September 2003

Parteiinterne Konflikte in den Schweizer Lokalparteien

Umfeldfaktoren als Erklärungsgrösse für die Konflikthäufigkeit

Mathias Steffen
Brunnadernstrasse 71
3006 Bern

Steffenmats@hotmail.com

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG	2
2. KONFLIKTE	3
2.1. BEGRIFFSDEFINITION.....	3
2.2. KONFLIKTTYPEN.....	4
2.3. KONFLIKTPOTENTIAL UND KONFLIKTBEREITSCHAFT	6
2.4. KONFLIKTURSACHEN	7
3. FORSCHUNGSMODEL	8
3.1. VERWENDETER KONFLIKTBEGRIFF	8
3.2. URSPRUNG VON KONFLIKTEN IN LOKALPARTEIEN	9
3.3. AUSFORMULIERUNG DER THESEN	10
3.4. DAS MODEL	12
4. OPERATIONALISIERUNG	12
4.1. ABHÄNGIGE VARIABLE: KONFLIKTHÄUFIGKEIT	12
4.2. UNABHÄNGIGE VARIABLEN	13
4.2.1. INNENLEBEN DER PARTEI.....	14
4.3.2. REGIONALES UMFELD DER LOKALPARTEI	15
4.3.3. ÜBERREGIONALE EINBINDUNG DER LOKALPARTEI.....	17
5. AUSWERTUNG	18
5.1. DATEN.....	18
5.2. KONFLIKTHÄUFIGKEIT	19
5.3. MACHTINDIKATOR	20
5.4. KONKURRENZINDIKATOR	21
5.5. IDEOLOGIEDIFFERENZ ZU DEN ÜBERREGIONALEN PARTEIEN.....	22
5.6. THESEN IM MODEL	24
6. SCHLUSSBETRACHTUNG	25
7. LITERATURVERZEICHNIS	27

Tabellenverzeichnis

TABELLE 1: VERORTUNG AUF DER KONFLIKTSKALA NACH PARTEIRICHTUNG	19
TABELLE 2: VERORTUNG AUF DER SKALA FÜR EINFLUSS NACH PARTEIRICHTUNG	21
TABELLE 3: VERORTUNG AUF DER KONKURRENZSKALA NACH PARTEIENRICHTUNG.....	22
TABELLE 4: ÜBERREGIONALE IDEOLOGIEDIFFERENZ NACH PARTEIENRICHTUNG.....	23
TABELLE 5: DAS MULTIVARIATE REGRESSIONSMODEL.....	24

1. Einleitung

Konflikte sind in der Politik alltäglich. Insbesondere wenn sich im Parlament die verschiedenen Fraktionen harte Wortgefechte liefern, ist dies nichts aussergewöhnliches. Wird jedoch sichtbar innerhalb einer Partei gestritten, hat dies eine andere Qualität: Abspaltung und Schwächung der eigenen Position werden prognostiziert. Dass ein bestimmtes Mass an Auseinandersetzungen, auch innerhalb einer Partei, zu einer gesunden Demokratie gehört, wird dabei oft übersehen. Allerdings wird nicht in allen Sektionen einer Partei gleich oft und intensiv gestritten. Eine mögliche Erklärungsgrösse hierfür sind die Rahmenbedingungen, welche Einfluss auf die Häufigkeit von parteiinternen Konflikten nehmen.

Ziel dieser Arbeit ist es, einen Teil der innerparteilichen Konflikthäufigkeit der Schweizer Lokalparteien anhand von Variablen zu erklären, welche das jeweilige Umfeld einer Sektion beschreiben. Konflikte werden gemeinhin in der Politikwissenschaft aus der Sicht des Fallbeispiels oder der demokratietheoretischen Debatte, welche das ideale Mass und die Funktion¹ betrachtet. Quantitativ-empirische Arbeiten zu Konflikten im allgemeinen oder deren Entstehung sind hingegen in der Politikwissenschaft sehr selten. Zwar wurde das Thema bereits intensiv in den Sozialwissenschaften, der Psychologie und den Betriebswissenschaften besprochen,² doch die Verbindung mit politologischen Theorien fehlt bis anhin. Eine solche interdisziplinäre Brücke möchte nun vorliegende Arbeit bilden: Ausgehend vom Konfliktverständnis der anderen Wissenschaften soll die Entstehung der innerparteilichen Konflikte aufgrund des politischen Umfeldes erklärt werden. Die Entstehung von Konflikten ist bis anhin sehr breit erforscht und bietet sich daher genau so an wie das Feld der Lokalparteiensforschung, da nur auf Stufe der Gemeinden genügend Parteien vorhanden sind, um sinnvolle quantitative Auswertungen vorzunehmen.

Die Arbeit gliedert sich in fünf grössere Abschnitte: Als erstes wird der Stand der Forschung aus den anderen Disziplinen zusammengefasst, wobei am Ende jedes Abschnittes kurz die wichtigsten Schlussfolgerungen für diese Arbeit aufgezeigt werden. Als zweites wird das Forschungsmodell mit den dazugehörenden Thesen, dem verwendeten Begriffs- und Konfliktentstehungsverständnis dargestellt. Im folgenden werden die Thesen operationalisiert und anhand des Datenmaterials überprüft. Die Schlussbetrachtungen sollen das Potential, aber auch Schwächen der Resultate offen legen.

Am Ende dieser Arbeit steht ein multivariates Regressionsmodell, welches anhand von unabhängigen Variablen, welche das lokalpolitische Umfeld beschreiben, einen beachtlichen Teil der Konflikthäufigkeit beschreiben kann.

¹ Vgl. SCHULTZE, Rainer – Olaf: Partei, in: NOHLEN, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik, München (1998: 503f.).

² Vgl. REGNET, Erika: Konflikte in Organisationen – Formen, Funktionen und Bewältigung, Göttingen (2001: 7ff.).

2. Konflikte

In diesem Abschnitt sollen die wichtigsten Themen der wissenschaftlichen Konfliktdiskussion dargestellt werden. Beginnend mit einer begrifflichen Abgrenzung, werden anschliessend die verschiedenen Typen der Konflikte, das Konzept von Konfliktpotential und Konfliktbereitschaft sowie die gängigen Konfliktursachen erläutert.

2.1. Begriffsdefinition

Obwohl man das Wort Konflikt leicht auf den lateinischen Begriff „configere“, was soviel wie „zusammenstossen“ und „kämpfen“³ bedeutet, zurückführen kann, vermag im Alltag die genaue Bedeutung von Person zu Person doch ziemlich zu variieren: Die persönliche Sozialisation beeinflusst nicht nur die Art und Weise, wie Konflikte bewältigt und bewertet werden, sondern bereits auch die Wahrnehmung, welche Situation als konfliktbeladen eingestuft wird und welche nicht. Hinzu kommt, dass eine gleiche Situation je nach Standpunkt unterschiedlich erlebt wird. Während z.B. ein Vorgesetzter mit autoritärem Führungsstil die Kontrolle seiner Arbeiter als normalen Arbeitsschritt empfindet, kann dies für bestimmte Mitarbeiter eine grobe Provokation darstellen.⁴ Disposition und persönliche Wahrnehmung führen also dazu, dass der Begriff des Konfliktes individuell sehr unterschiedlich ausgelegt werden kann. Insbesondere in der Politik, wo in Debatten und Verhandlungen die unterschiedlichsten Meinungen, Interessen und Charakteren aufeinandertreffen, ist die Grenze zwischen harter Diskussion und offenem Konflikt oft fließend. Aus diesem Grund ist es zunächst wichtig, eine klare Begriffseinordnung vorzunehmen:

In der Wissenschaft gibt es drei Fachrichtungen, die sich mit jeweils unterschiedlichen Aspekten von Konflikten befassen: Die Psychologie, die Soziologie und die Betriebswirtschaft. Während die Psychologie Konflikte als innere seelische Zustände beschreibt, ist für die Soziologie die objektive, bzw. latente Gegensätzlichkeit zwischen verschiedenen Individuen oder Gruppen entscheidender. Die Betriebswirtschaft wiederum betont den Zielkonflikt innerhalb einer (Geschäfts-) Einheit, bei der Konflikte auftreten und zu einem ineffizienten Ergebnis führen.⁵ Allen drei Ansätzen ist gemein, dass bei Konflikten ein (Interessen-) Gegensatz besteht, welcher das jeweilige Handeln beeinflusst. Dieser Gegensatz muss, egal ob dieser nun offen ausgetragen oder nur unterschwellig vorhanden ist, von den Individuen als solcher wahrgenommen werden, damit man von einer Konfliktsituation sprechen kann. Allerdings ist dies noch kein hinreichendes Merkmal für

³ Vgl. REGNET (2001: 7).

⁴ Vgl. REGNET (2001: 10).

⁵ Vgl. REGNET (2001: 7f.).

einen Konflikt. So z.B. ist man sich bei Vertragsverhandlungen den unterschiedlichen Standpunkten durchaus bewusst und dennoch kommt es nicht zwangsläufig zum Konflikt. Der zwischen den Verhandlungspartnern herrschende Konsens, dass ein gemeinsames Übereinkommen erzielt werden sollte, schafft einen sozialen Rahmen, in dem Interessensgegensätze konfliktfrei ausgetragen werden. Erst wenn dieser gemeinsame Konsens gestört wird, spricht die Wissenschaft von einem Konflikt. Gleiches gilt für Konkurrenzsituationen wie z. B. im Sport, in der Wirtschaft oder in der Politik, die zwar ein bestimmtes Konfliktpotential aufweisen, aber nicht zwangsläufig in einem Konflikt enden müssen.⁶

Aggressionen treten zwar oft als Randerscheinung von Konflikten auf, sind aber nicht zwangsweise miteinander verbunden: So gilt in der Betriebswirtschaft das Ideal der aggressionslosen Konfliktbewältigung. Zudem werden unter anderem beim Wandalismus Aggressionen ohne vorgehenden Konflikt sichtbar.⁷

Je nach persönlicher Toleranzschwelle, Vorerfahrung und Betroffenheit variiert die Wahrnehmungsschwelle von Konflikten stark. Aus diesem Grund ist es kaum möglich objektive Bestimmungskriterien zu benennen. Vielmehr muss man dem unterschiedlichen Empfinden der beteiligten Personen Rechnung tragen und alle jene Situationen als konfliktbeladen betrachten, welche von den Beteiligten als solches wahrgenommen werden. Dabei gilt, dass weniger die Ursache, als viel mehr die Folgen eines Konfliktes von Bedeutung sind.⁸ Konflikte sind also weniger eine objektiv messbare, als viel mehr eine subjektive Grösse.

2.2. Konflikttypen

Obwohl kaum allgemein gültige Konfliktmerkmale zu bestimmen sind, lassen sich anhand des Streitgegenstandes und der Erscheinungsform verschiedene Gruppen von Konflikten bilden: So spricht man von Wertkonflikten, wenn tiefere Einstellungen zu einem Verhalten führen, welches Gegenstand eines Konfliktes ist. Die verschiedenen Handlungspräferenzen, welche dabei aufeinander prallen, sind nicht wirklich rational zu begründen. In diesem Punkt unterscheiden sich die Wert- von den Überzeugungskonflikten, welche auf unterschiedlichen

⁶ Vgl. MÜLLER – BADER, Peter: Konflikt und Leistung – Ein Beitrag zur Analyse der Leistungswirkung betrieblicher Konflikte, München (1977: 13).

⁷ Vgl. RÜTTINGER, Bruno / SAUER, Jürgen: Konflikt und Konfliktlösen – Kritische Situationen erkennen und bewältigen, Leonberg (2000: 14).

⁸ Vgl. REGNET (2001: 9f.).

Informationsständen bzw. Situationseinschätzungen beruhen.⁹ Diese Kategorie von Konflikten lässt sich leicht durch Gespräche abschwächen. Verteilungskonflikte hingegen treten immer dann auf, wenn ein beschränktes Gut unter mehreren Personen aufgeteilt werden muss.¹⁰ Die dabei entstehenden Rängeleien sind laut Definition auf die Sache und nicht gegen die konkurrierende Person an sich gerichtet. Zwischenmenschliche Differenzen sind hingegen die Ursache von Beziehungskonflikten. Diese werden auch als unechte Konflikte bezeichnet, da es hier oft zur Entladung von zwischenmenschlicher Frustration und emotionaler Anspannung an einem konstruierten Konfliktgegenstand kommt.¹¹ Konfliktthema, bzw. Konfliktadressat werden verschoben und entsprechen nicht mehr der eigentlichen Ursache.

Anhand der Erscheinungsform lässt sich weiter zwischen manifesten und latenten, heißen und kalten, bzw. zwischen institutionalisierten und nicht-institutionalisierten Konflikten unterscheiden. Ein Konflikt gilt dann als latent, wenn dieser eintreten sollte, aber im Gegensatz zu den manifesten von den Konfliktvermeidungsmechanismen noch verhindert wird.¹² Hierbei muss eine klare Unterscheidung zu den kalten Konflikten vorgenommen werden: Kalte Konflikte sind geprägt von tief verwurzelter Enttäuschung und Frustration. Das Fehlen von verbindenden Ideen zwischen den Konfliktparteien führt dazu, dass der Konflikt weniger offen und vielmehr indirekt ausgetragen wird.¹³ So wird z.B. das offene Gespräch vermieden, da es als sinnlos erachtet wird, miteinander zu sprechen. Entscheidend ist aber, dass er im Gegensatz zum latenten Konflikt ausgetragen wird. Bei den latenten Konflikten schwingt viel stärker die Grundannahme mit, dass sich die Parteien des Gegensatzes noch nicht bewusst geworden sind.¹⁴ Dies jedoch widerspricht der Grunddefinition von Konflikten, welche einen bewussten Gegensatz verlangt. Daher sind latente Konflikte viel mehr als theoretisches Konstrukt und weniger als eine empirische Größe zu verstehen.¹⁵

Komplementär zu den kalten Konflikten sind bei heißen Konflikten die Beteiligten sehr stark emotional miteinander aber auch mit ihrem Anliegen verbunden. Dies führt dazu, dass Diskussionen rasch hitzig werden und die Basis der rationalen Argumente verlassen.¹⁶

Die Unterteilung von institutionalisierten und nicht-institutionalisierten Konflikten stammt aus der Betriebswirtschaft und bezeichnet, ob ein Konflikt nach den gegebenen Regeln

⁹ Vgl. KIRSCH, Werner: Entscheidungen in Organisationen, in: KIRSCH, Werner Einführung in die Theorie der Entscheidungsprozesse, Wiesbaden (1977: 70ff.).

¹⁰ Vgl. RÜTTINGER / SAUER (2000: 15ff.).

¹¹ Vgl. ESSER, Werner – Michael: Individuelles Konfliktverhalten in Organisationen, Stuttgart (1975: 145).

¹² Vgl. DEUTSCH, Morton: Konfliktregelung – Konstruktive und destruktive Prozesse, München (1976: 21).

¹³ Vgl. GLASL, Friedrich: Konfliktmanagement – Ein Handbuch für Führungskräfte, Beraterinnen und Berater, Bern, Stuttgart (1999: 56ff.).

¹⁴ Vgl. DEUTSCH (1976: 51).

¹⁵ Vgl. REGNET (2001: 21f.).

¹⁶ Vgl. GLASL (1999: 70ff.).

ausgetragen wird oder nicht. Man ist davon überzeugt, dass institutionalisierte Konflikte berechenbarer und daher auch kontrollierbarer sind.¹⁷

Für die letztendliche Analyse der konfliktbegünstigenden Rahmenbedingungen ist die genaue Ausprägungsform des Konfliktes eigentlich nur von sekundärer Bedeutung. Wichtig ist hingegen, dass sich das Forschungsdesign nicht zu früh auf eine oder zwei Erscheinungsformen beschränkt und somit sämtliche anderen Konflikte, welche sich zwar aus den gleichen Umständen heraus ergeben, in ihrer Manifestation aber nicht in das vorgegebene Raster passen, ausblendet.

2.3. Konfliktpotential und Konfliktbereitschaft

Trotz des sehr individuellen und daher stark subjektiven Aspektes von Konflikten lassen sich objektive Rahmenbedingungen bestimmen, bei welchen vermehrt konfliktbelastete Situationen auftreten. Wichtig ist dabei die klare Trennung von Konfliktpotential einer Situation und der Konfliktbereitschaft einer Person. Das Konfliktpotential beschreibt die gegebenen Umstände, wie z.B. Arbeitsklima oder Stress, unter welchen Konflikte auftreten können.¹⁸ Dem gegenüber steht die Bereitschaft der einzelnen Personen, die äusseren Umstände letztendlich auch in Konflikte umzusetzen. Da die meisten Personen Konflikte als etwas negatives erleben,¹⁹ handelt es sich dabei meist um das individuelle Potential Konflikte zu unterdrücken.

Der Prozess der Konfliktentstehung lässt sich somit auf zwei Komponenten aufteilen: Einerseits stehen die objektiv beobachtbaren Rahmenbedingungen, welche das Konfliktpotential einer Situation darstellen, und andererseits die subjektive Konfliktbereitschaft der Personen. Da beide Ebenen wichtig sind, kann die Entstehung von Konflikten nicht rein auf objektive Kriterien zurückgeführt werden: Gleiche Rahmenbedingungen können mit anderen beteiligten Personen zu ganz anderen Resultaten führen. Dennoch besteht ein klarer Zusammenhang zwischen konfliktfördernden Rahmenbedingungen und der Anzahl effektiv eingetretenen Konflikten, auch wenn sich dieser nicht linear bestimmen lässt. Für diese Forschungsarbeit bedeutet dies, dass die Betrachtung der Rahmenbedingungen für die Erklärung der Anzahl Konflikte zwar durchaus berechtigt ist, ihnen aber in letzter Konsequenz keine allumfassende Erklärungskraft zugeschrieben werden darf.

¹⁷ Vgl. REGNET (2001: 23).

¹⁸ Vgl. REGNET (2001: 26ff.).

¹⁹ Vgl. REGNET (2001: 5).

2.4. Konfliktursachen

Die sehr spezifischen Auslöser von Konflikten lassen sich grob in fünf Muster unterteilen: Norm- und Einstellungsunterschiede, Persönlichkeitsvariablen, Kommunikationsdefizite und daraus resultierende unterschiedliche Informationsstände, Sachzwänge (Verteilung knapper Güter) und organisatorische Strukturen.²⁰

Norm- und Einstellungsunterschiede äussern sich in der Regel in Zielkonflikten: Die genaue Verwendung eines knappen Gutes ist unklar und führt daher zwischen Individuen mit unterschiedlichen Präferenzordnungen zu Konflikten. In der politischen Arena wurden solche Wertkonflikte in den 80er und 90er Jahren immer wieder an Sachfragen des Umweltschutzes sichtbar. Zwar hat sich heute die Erkenntnis der Notwendigkeit einer ökologisch verträglichen Politik allgemein durchgesetzt,²¹ doch die Art und Weise sowie die Dringlichkeit der Zielerreichung verursachen immer wieder neue Diskussionen.

Die psychoanalytische Forschung geht davon aus, dass die Persönlichkeitsstruktur eines erwachsenen Menschen wesentlich von den in der Kindheit erlernten Verhaltensmustern beeinflusst wird. Zudem wird jedem Handeln eine bewusste oder unbewusste Motivation zu Grunde gelegt. Eine generell erhöhte Konfliktbereitschaft eines Individuums wird somit rational nachvollziehbarer: Einerseits können frühere Erfahrungen herangezogen werden, andererseits innere Konflikte, Unsicherheiten, Frustrationen etc., welche sich als Ausdruck der inneren Anspannung im Konflikt nach aussen entladen.²² Trotz des hohen Plausibilitätsgehaltes der psychoanalytischen Theorie, kann man nicht ohne weiteres jeden Konflikt allein auf die Persönlichkeitsstruktur der beteiligten Parteien reduzieren. So spielt beispielsweise auch der individuelle Wahrnehmungshorizont eine entscheidende Rolle.²³

Unter mangelnder Kommunikation wird nicht nur der ungenügende Informationsaustausch, sondern auch der Austausch mangelhafter Informationen verstanden. Zusammen mit den Persönlichkeitsvariablen gehören Kommunikationsfehler in der Wirtschaft zu den häufigsten Ursachen von Konflikten.²⁴

Verteilungskonflikte können sowohl über materielle als auch über symbolische Güter entbrennen. Ein Parkplatz, Aufmerksamkeit oder Lob können die gleiche Rivalität hervorrufen wie z.B. Lohnerhöhungen, Beförderungen oder Auszeichnungen.²⁵

Vom System oder den Strukturen als Konfliktverursacher spricht man immer dann, wenn ein Konflikt innerhalb einer Organisation oder sonstigen Gruppe unabhängig der beteiligten

²⁰ Vgl. REGNET (2001: 26).

²¹ Vgl. LADNER, Andreas: Sachpolitische Schwerpunkte, in: GESER et al: Die Schweizer Lokalparteien, Zürich (1994: 131).

²² Vgl. BECKER, Henning: Psychologisches Konfliktmanagement, München (1996: 33ff.).

²³ Vgl. REGNET (2001: 31f.).

²⁴ Vgl. BARON, R.A.: Negative effects of destructive criticism: Impact on conflict, self-efficacy and task performance, in: Journal of Applied Psychology 73 (1988: 199ff.).

²⁵ Vgl. REGNET (2001: 35).

Personen immer wieder am gleichen Ort auftritt.²⁶ Diese Kategorie wird vor allem in der Betriebswirtschaft angewandt. Dabei stehen vor allem die Betriebskultur, das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen, die Betriebsführung und die Arbeitermotivation im Vordergrund.

Die einzelnen Variablen schliessen sich nicht gegenseitig aus, sondern treten in der Regel als eine Kombination auf. So kann z.B. eine hierarchische Organisationsstruktur dazu führen, dass in verschiedenen Abteilungen unterschiedliche Erwartungshaltungen herrschen, ein Informationsungleichgewicht entsteht und sich deshalb an persönlichen Differenzen ein Konflikt auslösen. Allerdings gilt auch hier, dass ein gegebenes Konfliktpotential einer Situation aufgrund der unterschiedlichen Konfliktbereitschaft der Individuen nicht immer gleich stark zur Geltung kommt.

3. Forschungsmodell

3.1. Verwendeter Konfliktbegriff

Die oben eingeführte wissenschaftliche Definition von Konflikten schliesst sämtliche Situationen aus, bei welchen gegensätzliche Ansichten innerhalb eines hierfür bestimmten, allseits anerkannten sozialen Rahmens aufeinandertreffen.²⁷ Da aber gerade die Politik ein solches konsensschaffendes Umfeld darstellt, sind hier Konflikte im strengen wissenschaftlichen Sinn nur sehr selten zu beobachten. Vielmehr pflegen selbst Politiker, welche sich in der politischen Auseinandersetzung feindlich gesinnt sind, im Alltag einen normalen, fast kollegialen Umgang miteinander. Die Auseinandersetzung bleibt dabei auf die politische Arena beschränkt. Erst wenn ein grober Verstoss gegen die schriftlichen oder nonverbalen Regeln vorliegt und somit der Prozess der friedlichen Interessenartikulation nicht mehr spielen kann, spricht man auch in der Wissenschaft von einem Konflikt in der Politik.

Da eine solche strenge Begriffsdefinition Konflikte innerhalb einer Partei, wo unter den einzelnen Mitgliedern ohnehin schon ein grober Konsens über die gesellschaftlichen Werte und Normen besteht, zum absoluten Sonderfall verkommen lassen, werden für diese Arbeit weichere Kriterien zur Bestimmung von Konflikten angewandt. Zwar wird grundsätzlich an der Forderung nach einem bewussten (Interessen-) Gegensatz zwischen den verschiedenen

²⁶ Vgl. REGNET (2001: 35f.).

²⁷ Vgl. MÜLLER – BADER (1977: 13).

Parteien festgehalten, dieser muss aber nicht zwangsläufig zur Verletzung der politischen Spielregeln führen, um als Konflikt als solches verstanden zu werden. An diesem Punkt erweitert diese Arbeit das Konfliktverständnis auch für Spannungssituationen, welche gerade durch die Sitten der politischen Arena nicht zu Konfliktsituationen im strengen wissenschaftlichen Sinn ausufern sollten. Das hier verwendete Konfliktverständnis lässt sich wohl am einfachsten als Sammelbegriff für sämtliche heftigen politischen Auseinandersetzungen verstehen. Allerdings muss festgehalten werden, dass eine blosser Meinungsverschiedenheit ohne Folgehandlungen nicht als Auseinandersetzung und somit nicht als Konflikt zu verstehen ist.

3.2. Ursprung von Konflikten in Lokalparteien

Zunächst sind Auseinandersetzungen zu betrachten, welche von den eigenen Parteimitgliedern direkt selber verursacht werden, quasi also aus der Partei selber heraus entstehen. Durch die meist geringe Grösse von lokalen Parteisektionen entsteht ein relativ hoher Druck zur Harmonisierung und Verständigung unter den verschiedenen Mitglieder.²⁸ Oppositionsgruppen innerhalb einer Lokalpartei beschränken sich in der Regel auf ein paar wenige Personen und können daher leicht direkt angesprochen werden. Zudem sorgt das oft sehr ländliche Umfeld von Lokalparteien dazu, dass sich die Parteimitglieder gut kennen und daher eine grössere Hemmschwelle zum opponieren besteht. Jedoch kann gerade dieses engere soziale Umfeld dazu führen, dass private zwischenmenschliche Konflikte auch in den politischen Prozess hineingetragen werden und somit ein Sachthema eine unerwartete Brisanz erhält.

Des weiteren ist für das Konfliktpotential von Lokalparteien auch deren zweifache Einbettung, ihre sogenannte Janusköpfigkeit, von zentraler Bedeutung: Einerseits stellen die lokalen Sektionen das Repräsentations- und Vollzugsorgan der überregionalen Partei dar, welches eine grobe Richtung ihrer Politik bereits vorgibt. Andererseits müssen die Lokalparteien soziale, kulturelle und politischen Gegebenheiten ihrer jeweiligen Standortgemeinde optimal repräsentieren, um eine möglichst grosse Anhängerschaft für sich zu gewinnen. Diese beiden Aufgaben können insbesondere im stark föderalistischen System der Schweiz immer wieder in Widerspruch zueinander treten.²⁹

Somit lassen sich für Lokalparteien grob drei verschiedene Quellen für Konfliktstoff erkennen: Neben den Konflikten, welche durch die eigenen Parteimitglieder verursacht werden, also quasi aus den eigenen Reihen einer Lokalpartei entstehen, gibt es Konflikte,

²⁸ Vgl. GESER, Hans: Die kommunalen Parteien der Schweiz als Gegenstand der soziologischen Analyse, in: GESER et al: Die Schweizer Lokalparteien, Zürich (1994^a: 22).

²⁹ Vgl. GESER (1994^a: 22f.).

die aufgrund des äusseren Spannungsverhältnisses innerhalb der Lokalpartei entstehen. Dieser äussere Druck kann einerseits durch das lokale Umfeld oder aber durch die überregionalen Mutterparteien, sprich der kantonalen oder nationalen Vertretung, erzeugt werden. Nicht selten wird ein Konflikt von mehreren Ebenen her gleichzeitig provoziert, was dessen Beilegung erschwert.

Die hier definierten Ursprünge sind nicht in Konkurrenz zu den in Kapitel 2.4. benannten Konfliktursachen zu sehen. Während die Konfliktursachen den Grund eines Konfliktes beschreiben, versuchen die Ursprünge den (geographischen) Ausgangspunkt zu bestimmen. Die beiden verschiedenen Kategorien sind als gegenseitige Ergänzung aufzufassen. So z.B. können innerparteiliche Konflikte, welche aufgrund des Spannungsverhältnisses zur Kantonalpartei entstehen, sowohl aufgrund von verschiedener Werten und Normen, Sachzwänge oder Kommunikationsdefiziten entstehen.

3.3. Ausformulierung der Thesen

Das letztendliche Ausbrechen von Konflikten wird einerseits vom vorhandenen Konfliktpotential, andererseits von der jeweiligen Konfliktbereitschaft beeinflusst. Ausgehend von diesem Axiom lässt sich eine generelle These formulieren:

Grundthese:

Die äusseren Rahmenbedingungen haben einen signifikanten Einfluss auf die Anzahl innerparteilicher Konflikte einer Lokalpartei.

Aus dieser, sehr allgemeinen These, lassen sich weitere, konkreter überprüfbare Thesen ableiten, deren Bestätigung letztendlich den Gehalt der Ausgangsthese belegen. Dabei kann man von den drei potentiellen Ursprünge parteiinternen Konflikten in Lokalsektionen ausgehen: Sie beschreiben im Wesentlichen sowohl das äussere Umfeld, als auch die inneren Spannungen einer Partei, welches zusammen die Rahmenbedingungen einer Lokalpartei ausmacht.

1. Arbeitsthese: These zum Innenleben der Lokalpartei

Je stärker die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Parteimitglieder aufeinander treffen, desto häufiger sind parteiinterne Konflikte beobachtbar.

Konflikte, die aus dem Innenleben einer Partei entstehen können sowohl persönlicher, kommunikativer, ideeller als auch struktureller Natur sein. Ebenso sind Sachzwänge

denkbar, die Spannungen erzeugen. Je stärker diese Spannungen werden, desto höher wird das Konfliktpotential innerhalb der Lokalpartei. Die Konfliktbereitschaft der beteiligten Personen muss dabei immer niedriger werden, soll kein parteiinterner Konflikt ausbrechen. Das gleiche Grundschema gilt für den Druck, der vom lokalen Umfeld an die örtliche Partei herangetragen wird.

2. Arbeitsthese: These zum lokalen Umfeld der Lokalpartei

Je grösser der politische, soziale oder kulturelle Druck aus der jeweiligen Gemeinde auf die Lokalpartei, desto häufiger sind parteiinterne Konflikte beobachtbar.

In der Schweiz garantiert die Autonomie der Gemeinden den einzelnen Lokalsektionen ein bestimmtes Mass an Unabhängigkeit von der Mutterpartei. Zudem verfügen sie über das Monopol für Aufgaben, welche für die überregionalen Parteien von existenzieller Bedeutung sind: Dies ist zum Beispiel die Anwerbung von neuem politischen Personal, die dauerhafte Bindung der Wähler an die eigene Partei oder den direkten, persönlichen Wahlkampf.³⁰ Aus diesem Grund ist es verständlich, dass die meist organisatorisch schwach besetzten nationalen und kantonalen Parteien mit direkten Interventionen, welche bei den betroffenen Adressaten oft sehr grosse Widerstand stossen, äusserst vorsichtig sind.³¹

3. Arbeitsthese: These zur überregionalen Einbindung der Lokalpartei

Je grösser die Reibungsflächen zwischen der Lokalsektion mit den kantonalen und nationalen Parteien, desto häufiger sind lokale, parteiinterne Konflikte beobachtbar.

Auch wenn direkte, massregelnde Interventionen äusserst selten sind, können die nationalen und kantonalen Parteien einen erheblichen moralischen Druck auf die Lokalsektionen erzeugen. Dies gilt nicht nur für den Beschluss von Wahl- und Abstimmungsparolen, sondern auch für die Nomination von Kandidaten und die Bildung von Listenverbindungen. Schon alleine, dass die Mutterpartei beispielsweise im Abstimmungskampf ein Lager mit Plakaten, Inseraten und namhaften Fürsprechern indirekt unterstützt, kann von den Gegnern in der eigenen Partei als Provokation angesehen werden.

³⁰ Vgl. GESER (1994^a: 29f.).

³¹ Vgl. BALLMER-CAO, Thanh-Huyen / GESER, Hans: Die Lokalsektion und ihre Kantonalpartei, in: GESER et al: Die Schweizer Lokalparteien, Zürich (1994: 359ff.).

3.4. Das Model

Mit der Grundthese und den daraus abgeleiteten drei Arbeitsthese lässt sich ein multivariates Regressionsmodell zur Bestimmung der Konflikthäufigkeit innerhalb der verschiedenen Lokalparteien erstellen. Ziel jeder multivariaten Regression ist es ja, die Einflüsse mehrerer unabhängigen Variablen auf eine einzige abhängige Variable, in diesem Fall die Konflikthäufigkeit, zu messen.³² Die unabhängigen Variablen sind hier jeweils ein Indikator für die drei verschiedenen Ebenen des Parteienumfeldes. Wichtig bei der Auswahl der verschiedenen unabhängigen Indikatoren wird es sein, darauf zu achten, dass diese nicht bereits selber miteinander korrelieren und somit ein Aspekt doppelt in das Regressionsmodell einfließt.

Wie bereits weiter oben erwähnt, ist der Prozess der Konfliktentstehung nicht linear. Zudem ist auch die Wahrnehmung sehr subjektiv, was bereits die exakte Bestimmung der abhängigen Variablen erschwert. Aus diesen Gründen dürfte die letztendliche Erklärungskraft des Gesamtmodells eher etwas geringer sein, da dieses suggeriert, dass ausschliesslich die im Model enthaltenen objektiven, bzw. objektivierten unabhängigen Variablen die Entstehung von Konflikten erklären können. Da hier aber gerade die höchst subjektive Konfliktbereitschaft eine zentrale Rolle spielt, darf das letztendliche Ergebnis der multivariaten Regression nicht als abschliessendes Erklärungsmuster für die Entstehung von Konflikten verstanden werden. Vielmehr soll es aufzeigen, unter welchen Rahmenbedingungen es von den beteiligten Individuen eine höhere Konfliktvermeidungsbereitschaft bedarf, damit kein effektiver Konflikt entsteht.

4. Operationalisierung

4.1. Abhängige Variable: Konflikthäufigkeit

Bei der Operationalisierung der abhängigen Variabel im Model sind zwei Punkte besonders zu beachten: Einerseits muss der Indikator weit genug gefasst sein, damit sämtliche unterschiedlichen Varianten von Konflikten möglichst angemessen erfasst werden können. Andererseits darf man nicht der Versuchung erliegen, mit der Frage nach einer absoluten Zahl der Thematik eine scheinbare objektive Absolutheit zu verleihen, welche sie in Tat und Wahrheit gar nicht aufweisen kann.

Um dem Anspruch einer möglichst offenen Begriffsdefinition auch in der Operationalisierung gerecht zu werden, wird nicht nach dem relativ restriktiven Begriff des Konfliktes gefragt,

³² Vgl. WAGSCHAL, Uwe: Statistik für Politikwissenschaftler, München (1999: 230ff.).

sondern nach den Auseinandersetzungen innerhalb der Partei. Somit sind auch Situationen eingeschlossen, welche nach dem wissenschaftlichen Verständnis noch nicht als Konflikt gelten. Gleichzeitig wird aber auch der Wortsinn hart genug angesetzt, um leichtere Meinungsverschiedenheiten auszublenden. Zusätzlich werden verschiedene Bereiche des lokalpolitischen Entscheidungsspielraumes nach dem jeweiligen Konfliktpotential überprüft, um zu verhindern, dass einzelne, besonders angespannte Sachfragen das Gesamtbild in einer überproportionalen Weise beeinflussen. Die zu unterscheidenden Bereiche sind im Konkreten ideologische Grundsatzfragen, lokalpolitische Sachfragen, überregionale Abstimmungen, Nominationsentscheidungen sowie Organisations- und Finanzfragen. Jeder dieser fünf Bereiche fließt gleichwertig in einen letztendlichen Konflikthäufigkeitsindex ein, der somit ein möglichst umfassendes Bild garantieren soll.

Durch die Unterteilung der Antworten in die Kategorien häufig, gelegentlich und selten/nie kann die Grundstimmung innerhalb der Partei gemessen werden, ohne aber die themenspezifische Subjektivität zu vernachlässigen. Den verschiedenen Antwortkategorien wurde mit aufsteigender Konfliktintensität die Punktwerte von null für keine Konflikte bis zwei für häufige Konflikte im jeweiligen Themenbereich zugeteilt. Somit nimmt die maximal mögliche Konflikthäufigkeit im abschliessenden Index den Punktwert von Zehn, die minimale den Wert Null an.

4.2. Unabhängige Variablen

Um das Umfeld einer Lokalpartei zu beschreiben, muss man sich zunächst im Klaren darüber sein, was genau man unter einer politischen Partei versteht und welche Funktion diese erfüllen sollte. In der Parteienforschung unterscheidet man drei Paradigmen, welche verschiedene Bezugsrahmen einer Partei in den Mittelpunkt stellen³³ und somit einen hervorragenden methodischen Ausgangspunkt bei der Operationalisierung der drei bis anhin weit gefassten unabhängigen Variablen darstellen. Dass durch die theoretische Einbettung der Konfliktquellen letztendlich nicht alle ihre Teilaspekte berücksichtigt werden können, ist bei der Komprimierung solch offener Variablen zu einem einzelnen Indikator unumgänglich. Dennoch soll durch die Vielfalt der theoretischen Herangehensweisen und die möglichst offene Gestaltung der konkreten Indikatoren ein adäquates Bild des Umfeldes der Lokalparteien gezeichnet werden.

³³ Vgl. WIESENDAHL, Elmar: Parteien und Demokratie – Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung, Opladen (1980: 174ff.).

4.2.1. Innenleben der Partei

Das Transmissionsparadigma sieht die politische Partei als einen möglichst unverfälschten Vermittler zwischen dem Bürger und dem politischen System. Die zentralen Funktionen sind dabei Willensbildung, Mobilisierung, Organisation sowie Vertretung von Interessen.³⁴ Soziale Konflikte werden von Parteien aufgenommen, reflektiert und in die politische Arena hineingetragen. Für die Gesellschaft ist der innerparteiliche Prozess der Konsensfindung daher von grosser Bedeutung, da hier Konflikte gedämpft und kanalisiert werden. Wie heftig innerhalb der Partei die verschiedenen Interessen aufeinanderprallen, hängt wesentlich davon ab, wie gegensätzlich der von den Mitgliedern eingebrachte Input bereits ist. Bei sogenannten Volks- oder Catch-all-Parteien, Parteien also, die ihre Wählerschaft nicht nur aus einer einzigen sozialen Schicht, sondern aus der ganzen Bevölkerung gewinnen wollen,³⁵ können solche Gegensätze durchaus grösser sein, als bei kleineren themenspezifischen Parteien. Dennoch ist ein möglichst offenes Programm für die Parteien reizvoll, da sich dadurch das Wähler- und somit letztendlich auch das Machtpotential vergrössert.³⁶

In der Schweiz verstehen sich die Mehrzahl der grösseren Parteien verantwortlich für die Gesamtgesellschaft und tragen darum nicht selten das Wort Volkspartei in ihrem Namen. Die Heterogenität der Schweizer Einzelparteien ist international einzigartig,³⁷ was zusätzlich für eine ausgeprägte innerparteiliche Streitkultur spricht.

Die Konflikthäufigkeit letztendlich nur auf die Heterogenität der Anhängerschaft zu reduzieren, greift jedoch etwas zu kurz: Aus individueller Sicht bedeutet Konflikt auch immer ein Aufwand, den man nur dann bereit ist einzugehen, wenn auch die realistische Möglichkeit besteht, zu mindest einen Teil der Eigeninteressen auch umzusetzen. Damit dies gelingen kann, reicht ein gewonnener Konflikt innerhalb der Partei nicht aus. Es braucht dazu den gesamten Einfluss der Partei im politischen System. Je mehr Macht eine Partei aufweist, desto grösser ist auch der Anreiz für die Mitglieder, sich innerhalb der Partei für seine individuellen Interessen einzusetzen. Da die Heterogenität der Parteien nicht zuletzt aus machtpolitischen Gründen angestrebt wird, ist der Einfluss der Partei ein zentrales Element bei der Klärung der Häufigkeit von innerparteilichen Konflikten.

Einfluss ist keine absolute Grösse: Je nach Definition von Macht kommen Wissenschaftler auf ganz unterschiedliche Resultate. Allerdings werden selbst die bis anhin angewandten Messmethoden bezüglich ihrer Validität angezweifelt.³⁸ Es wird also deutlich, dass die hier

³⁴ Vgl. WIESENDAHL (1980: 181f.).

³⁵ Vgl. KATZ, Richard / MAIR, Peter: Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party, in: Party Politics 1:1 (1995: 96ff.).

³⁶ Vgl. KATZ / MAIR (1995: 99f.).

³⁷ Vgl. KRIESI, Hanspeter: Le système politique suisse, Paris (1995: 133).

³⁸ Vgl. BACHRACH, Peter / BARATZ, Morton: Macht und Armut, Frankfurt am Main (1977: 43ff.).

angewandte Messgrösse für Macht nicht alle Teilebenen erfassen kann. Dennoch gilt es möglichst viele Bereiche der Lokalpolitik, in denen eine Sektion ihren Einfluss geltend machen kann, in die Operationalisierung mit einzubeziehen: Neben den Wahl- und Abstimmungsgeschäften auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene können Parteien in der Schweiz die Politik durch die Instrumente der direkten Demokratie beeinflussen. Dieses Potential wird in der Frage nach dem Einfluss auf die Meinungsbildung in der Gemeinde zusammengefasst, da die Instrumente der Initiative und des Referendums nur über die direkte Unterstützung der Bürger Wirksamkeit erlangen. Eine weitere wichtige direkte Möglichkeit die Politik zu beeinflussen ist auf Ebene der Lokalparteien der Gemeinderat, dessen Mitglieder grösstenteils selber einer Lokalsektion angehören.

Mit der Einteilung in die Kategorien Einfluss auf die Meinungsbildung, Gemeindevorstand, kommunale und überregionale Abstimmungen sowie kommunale Wahlen wird ein Schwerpunkt auf die Möglichkeiten einer Partei gelegt, die Politik konkret zu beeinflussen. Dies geschieht im Sinne, dass andere Ebenen der Macht, wie z.B. Einfluss auf Medien und Wirtschaft, bzw. potentielle oder entscheidungsvermeidende Macht, implizit darin zum Ausdruck kommen.

Gleich wie bei der abhängigen Variable sind die verschiedenen Antwortmöglichkeiten so gewählt worden, dass nicht der Eindruck einer scheinbaren objektiven Absolutheit entstehen soll: Es wurden Punkte in aufsteigender Reihenfolge von Null bis drei an die Kategorien kaum vorhandenen, nicht so grossen, grossen und sehr grossen Einfluss verteilt. So dass schlussendlich ein Machtindex entsteht, welcher vom Wert Null für kaum politischen Einfluss der Lokalpartei bis Achtzehn für sehr grosse Macht reicht.

4.2.2. Regionales Umfeld der Lokalpartei

Die kulturelle, soziale und politische Vielfalt einer Gemeinde widerspiegelt sich nicht zuletzt in der Anzahl ansässiger Parteien. Das Konkurrenzparadigma definiert Parteien über den Wettbewerb um Stimmenanteile und Einfluss.³⁹ Die zentrale Funktion der Partei ist in dieser Betrachtungsweise die Macht- und Chancenbeschaffung. Dass dabei der Konkurrenzkampf zwischen den Parteien gleichzeitig auch die Gesellschaft mit dem optimalen Angebot an politischen Gütern versorgt, ist zwar durch marktwirtschaftliche Gesetzmässigkeiten geregelt, spielt aber in der Motivation der Politiker nur eine zweitrangige Rolle.⁴⁰

Für das Konfliktpotential einer Lokalpartei ist die Konkurrenz mit den anderen Parteien ein wichtiger Faktor: Durch den verstärkten Wettbewerb von aussen sehen sich die Parteien genötigt, dem einzelnen Parteimitglied mehr Mitspracherechte und somit auch mehr

³⁹ Vgl. WEBER, Max: The Interpretation of Social Reality, London (1972: 167).

⁴⁰ Vgl. WIESENDAHL (1980: 205).

Freiraum um seine Eigeninteressen zu vertreten, zu gewähren. Dieser Zusammenhang zwischen Konkurrenzdruck und innerparteilicher Demokratie wird dadurch erklärt, dass die bedrängten Parteien all ihr politisches Potential mobilisieren wollen und dies auf Seiten der Mitglieder am besten durch das Delegieren von Kompetenzen geschieht.⁴¹ Natürlich könnte man auch argumentieren, dass der Druck von aussen dazu führt, dass sich die Parteiführung gerade dafür einsetzt, möglichst viele Kompetenzen auf sich zu vereinigen, um damit die Entscheidungsfähigkeit zu erhöhen.⁴² Allerdings haben empirische Untersuchungen gezeigt, dass dies in der Schweiz weniger der Fall ist.⁴³

Eine Partei kann die gesellschaftliche Vielfalt durch eine breite Ausrichtung ihres Programms antizipieren und so das Wählerpotential für mögliche Konkurrenzparteien verringern. Sie muss dies allerdings mit grösseren innerparteilichen Spannungen bezahlen. Das lokale Umfeld spiegelt sich also zwangsläufig im Konfliktpotential einer Lokalpartei wieder.

Der Konkurrenzdruck, welcher zwischen den verschiedenen Parteien in einer Gemeinde herrscht, kann nicht bloss anhand der Anzahl ansässiger Parteien gemessen werden: So ist die Rivalität zwischen vier etwa gleich grossen Parteien viel grösser, als zwischen einer dominierenden und drei marginalen. Deshalb erscheint eine direkte Erfassung des externen Wettbewerbsdrucks sinnvoller als eine Platzhaltervariable, welche die absolute Zahl der Parteien in der Gemeinde angibt. Nun ist Konkurrenz einerseits eine subjektiv empfundene Grösse und andererseits kann sie sich in verschiedenen Bereichen unterschiedlich stark bemerkbar machen. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, ist ein gleiches Vorgehen wie bei den drei zuvor operationalisierten Variablen anzuwenden: Durch die Vorgabe der Antwortkategorien keine, mässige und starke Konkurrenz wird eine Grundstimmung erfasst, ohne aber eine scheinbare Objektivität zu suggerieren. Zudem wird ein Index gebildet, der sich zu gleichen Teilen aus der Situationseinschätzung für die lokalpolitischen Aufgaben der Kandidatenrekrutierung, Gemeindepräsidentenwahl, Anwerbung neuer Parteimitglieder, Exekutivzusammensetzung und Beamtenernennung. Es wird bewusst auf Situationen wie z.B. Abstimmungen verzichtet, in denen die verschiedenen Parteien trotz Rivalität für den gleichen Standpunkt kämpfen. Der so gebildete Konkurrenzindex reicht vom Wert Null für keine Konkurrenz bis Zehn für sehr starke Konkurrenz.

⁴¹ Vgl. GESER, Hans: Innerparteiliche Einflussverhältnisse, in: GESER et al: Die Schweizer Lokalparteien, Zürich (1994^b: 222).

⁴² Vgl. GESER (1994^b: 221).

⁴³ Vgl. GESER (1994^b: 224).

4.2.3. Überregionale Einbindung der Lokalpartei

Ähnlich wie beim Transmissionsparadigma erfüllen die Parteien nach der integrationsparadigmatischen Sichtweise eine wichtige gesellschaftliche Funktion: Soziale Konflikte werden durch sie aufgenommen und in eine, dem politischen System verständlichen Sprache übersetzt. Im Gegensatz zum Transmissionsparadigma steht jedoch nicht die möglichst unverfälschte Interessenstransformation im Zentrum, sondern der Erhalt des politischen Systems. Dabei übernehmen die Parteien eine Art Pufferfunktion und schaffen einen breiten Konsens, welcher letztendlich die Akzeptanz der vorherrschenden Verhältnisse garantiert.⁴⁴

Lokalpartien sind in zwei verschiedenen Systeme eingebunden, für welche sie beide die an sie herangetragenen Probleme aufnehmen: Einerseits ist dies das regionale, welches bereits mit der Konkurrenz unter den ortsansässigen Parteien operationalisiert wurde, und andererseits das überregionale politische System. Allerdings gibt es auch Lokalparteien, die nicht in eine überregionale Parteienstruktur eingebunden sind. Diese bilden jedoch in der Schweiz eine kleine Minderheit.⁴⁵ Die kantonale und nationale Mutterpartei stehen zu ihren Lokalsektionen in einem ambivalenten Verhältnis. Zwar bestehen gegenseitige Abhängigkeiten, doch garantiert die Gemeindeautonomie der vermeintlich untersten Hierarchiestufe eine beachtliche Unabhängigkeit.⁴⁶ Parteiinterne Konflikte zwischen den einzelnen Parteiebenen werden zwar oft an sachpolitischen Partikularinteressen sichtbar, doch führen funktionale Streitfragen deutlich weniger oft zu dauerhaft organisierten innerparteilichen Oppositionsgruppen als ideologische Differenzen.⁴⁷ Dies liegt in der chancenlosen Ausgangssituation einer permanenten sachpolitischen Minderheit begründet, welche diese zum Rückzug aus der Organisation bewegt. Zudem lässt sich über Fragen des Wahren und Richtigen viel ergiebiger diskutieren, als über Partikularinteressen.⁴⁸ Es sind also ideologische Differenzen, welche einen dauerhaften Dissens innerhalb einer Partei verursachen.

In der empirisch-vergleichenden Forschung gilt die Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala als das am besten geeignete Instrument zur Messung von ideologischen Standpunkten. Zwar wird immer wieder kritisiert, dass man mit einer einfachen eindimensionalen Skala, welche vom Wert Eins für extrem links bis Zehn für extrem rechts reicht, nicht einer solch komplexen und mehrdimensionalen Frage wie die politische

⁴⁴ Vgl. WIESENDAHL (1980: 146ff.).

⁴⁵ Vgl. BALLMER-CAO / GESER (1994: 342).

⁴⁶ Vgl. GESER (1994^a: 29f.).

⁴⁷ Vgl. LIPSET, Seymour Martin / TROW, Martin / COLEMAN, James: Union Democracy – The Internal Politics of the International Typographical Union, Garden City New York (1962: 468).

⁴⁸ Vgl. RASCHKE, Joachim: Organisierter Konflikt in westeuropäischen Parteien – Vergleichende Analyse parteiinterner Oppositionsgruppen, Opladen (1977: 128).

Einstellung gerecht werden kann.⁴⁹ Allerdings haben empirische Studien immer wieder gezeigt, dass die Skala tief im Selbstverständnis der Menschen verankert ist und daher auch mehrdimensionalen Fragen genügend Ausdruck verleiht.⁵⁰

Nun ist die Bedeutung der nationalen und der kantonalen Partei für die Lokalsektion nicht gleich: Während man mit der Kantonalpartei durch Delegiertenversammlungen und ähnlichen Veranstaltungen in direkten Kontakt steht, ist dies mit der nationalen Partei weniger oft der Fall. Allerdings ist das Gesamtbild einer Partei in der Öffentlichkeit sehr von der nationalen Bühne abhängig, womit die Bedeutung der nationalen und kantonalen Vertretung für die Lokalsektion in etwa gleich ist. Aus diesem Grund ist die ideologische Differenz zu beiden Ebenen gleichstark zu gewichten.

Um die ideologische Unstimmigkeit der Lokalsektionen zu ihren kantonalen und nationalen Vertretungen zu messen, benötigt man die jeweiligen Einstufungen auf der Links-Rechts-Skala. Die Differenzen der regionalen Partei zu den überregionalen Organisationen werden jeweils als absoluter Betrag gemessen, da es für den ideologischen Konflikt keine Rolle spielt, welche Instanz in ihrer Haltung als extremer empfunden wird. Aus der Summe der Beiden Werte entsteht ein Index für die ideologische Spannung zwischen der untersten und den übergeordneten Parteiebenen, welcher vom Wert Null für absolute ideologische Übereinstimmung bis Achtzehn für maximale politische Divergenz reicht. Allerdings sind Werte von Zehn und mehr nicht zu erwarten, da diese bedeuten würde, dass sich beispielsweise eine linke Lokalsektion von einem bürgerlichen Überbau vertreten lassen würde.

5. Auswertung

5.1. Daten

Die empirischen Berechnungen dieser Arbeit basieren auf den Daten einer im Rahmen des Forschungsprojektes „Lokalparteien 2002“ durchgeführten Befragung.⁵¹ Angeschrieben wurden sämtliche Präsidentinnen und Präsidenten der rund 5'000 Lokalsektionen in der Schweiz, womit man von einer Vollerhebung sprechen kann. Erfasst wurden unter anderem Daten zur Mitgliederstruktur, inneren Parteiorganisation, ideologischen und sachpolitischen

⁴⁹ Vgl. MINKENBERG, Michael: Die neue radikale Rechte im Vergleich – USA, Frankreich, Deutschland, Opladen (1998: 169ff.).

⁵⁰ Vgl. SCHALLER, Roland: Die politische Orientierung der Lokalparteien, in GESER et al: Die Schweizer Lokalparteien, Zürich (1994^a: 107ff.).

⁵¹ Vgl. NF-PROJEKT „LOKALPARTEIEN 2002“: Das Forschungsprojekt, Internetdownload (14.9.2003): <http://www.kpm.unibe.ch/ladner/parteienforschung/lokalparteien2002.html>.

Positionierung, überlokalen Einbindung sowie Wahlkampfführung. Bei der Ausgestaltung der genauen Fragen war die Überlegung zentral, dass auf kommunaler Ebene sehr viele generelle Trends bereits früher messbar sind, noch bevor sie auf kantonaler oder nationaler Stufe registriert werden. Dies gilt insbesondere für demographische, sozioökonomische und kulturelle Wandlungsprozesse.⁵²

Dadurch, dass die Präsidenten der Lokalsektionen befragt wurden, sind die Angaben immer etwas subjektiv. Beispielsweise muss die gemessene ideologische Verortung nicht der Wahrnehmung der Parteibasis entsprechen. Dennoch ist das Parteipräsidentenamt die richtige Ansprechstelle, da einerseits aufgrund der Position eine gewisse Neutralität und Objektivität zu erwarten ist und andererseits hier alle wesentlichen Ereignisse zusammenlaufen. Zudem wird der Präsident von der Basis gewählt und repräsentiert somit eine parteiinterne Mehrheit.

5.2. Konflikthäufigkeit

Die Befragung der Präsidenten zeichnet ein recht harmonisches Bild fürs Innenleben der Schweizer Lokalparteien: Der elfstufige Konfliktindex zeigt, dass eine deutliche Mehrheit von 73% aller Lokalsektionen sich in der unteren Hälfte der Skala einordnet. Das bedeutet, dass in diesen Parteien mindestens ein Themenbereich nie oder nur sehr selten zu Auseinandersetzungen führt. Allerdings, wenn man sich bewusst macht, dass Nominierungen oder Budgetentscheidungen nicht alltäglich getroffen werden müssen und diese dabei noch vom Vorstand vorberaten werden, erstaunt das Resultat nicht besonders.

Tabelle 1: Verortung auf der Konfliktskala nach Parteirichtung (Prozente).

	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Gesamt	4.7	7.7	18.6	22.3	19.7	13.7	7.2	3.1	2.6	0.4	0.1
FDP	3.7	5.6	16.0	20.8	21.6	17.5	7.9	3.7	2.5	0.6	0.2
CVP	4.6	4.8	18.7	18.9	20.8	15.6	9.6	3.6	3.3	0.5	-
SVP	3.7	7.8	19.0	20.1	21.9	13.9	7.0	2.9	2.7	0.8	0.3
SP	3.5	7.7	19.1	26.6	20.1	12.0	5.1	3.3	2.4	-	0.2

Quelle: Eigene Berechnungen anhand der Daten des Forschungsprojekts „Lokalparteien 2002“.

Der Vergleich der Bundesratsparteien zeigt unter den bürgerlichen Parteien keine all zu grossen Differenzen: Die FDP und die CVP haben jeweils etwas weniger als 68%, die SVP 72.5% aller Antworten in der unteren Hälfte der Skala. Damit liegen sämtliche grossen

⁵² Vgl. SOZIOLOGISCHES INSTITUT DER UNIVERSITÄT ZÜRICH: Vierzehn Jahre politischer Wandel, Internetdownload (15.9.2003): <http://www.socio.ch/par>.

bürgerlichen Parteien unter dem Gesamtschnitt. Dass gerade die Parteien, welche sich näher der ideologischen Mitte verorten, die höheren Konfliktwerte aufweisen, spricht für die These, dass sie stärker den Ausgleich zwischen links und rechts, bzw. zwischen den verschiedenen Interessengruppen suchen müssen. Bei der SP verorten sich 77% der Lokalsektionen im unteren Bereich der Skala, was deutlich mehr als bei den bürgerlichen sind. Dieser Trend wird durch eine Korrelationsanalyse zwischen der Links-Rechts-Verortung und dem Konfliktindex bestätigt: Je weiter links sich eine Partei einordnet, desto weniger Konflikte hat sie ($r = 0.061$).⁵³ Allerdings ist dieser Zusammenhang relativ schwach.

5.3. Machtindikator

Der Index für Macht und Einfluss der Lokalpartei reicht vom Wert Null für gar keinen Einfluss bis Achtzehn für maximale Macht. Es ist nicht erstaunlich, dass sich nur sehr wenige Parteien gar keinen oder nur einen sehr geringen Einfluss zuschreiben. Schliesslich ist es ja Sinn und Zweck einer Partei die Gesellschaft zu beeinflussen. Die Bundesratspartien stellen nicht nur eine deutliche Mehrheit der Lokalsektionen,⁵⁴ sondern schreiben sich in der Regel auch mehr Macht zu. Insbesondere die SVP sieht sich in vielen Gemeinden als sehr wichtige Instanz: Während sich insgesamt nur 36% aller Lokalparteien in der oberen Hälfte der Skala verorten, sind es bei der SVP nicht weniger als 48.4%. Dies ist dadurch zu erklären, dass die SVP in vielen ländlichen Gemeinden eine Monopol-, bzw. eine sehr dominierende Stellung einnimmt. Man kann sogar sagen, dass die SVP in den kleineren Gemeinden quasi die grösste Partei ist.⁵⁵ Demgegenüber sieht sich die SP viel stärker in einer Situation, in der sie auf Koalitionen mit anderen Parteien angewiesen ist: 66.2% der SP Sektionen verorten sich in der unteren Hälfte der Skala. Zum Vergleich: Insgesamt sind es 57.7%, bei der CVP 49.7, bei der FDP 47.5% und allen voran bei der SVP sind es bloss 39.7%. Es ist also augenfällig, dass sich die bürgerlichen Lokalparteien wesentlich mehr Einfluss in den Gemeinden zutrauen als die kleineren Parteien und die SP.

⁵³ Pearsonkorrelation auf dem 0.01 Level signifikant.

⁵⁴ Vgl. LINDER, Wolf: Schweizer Demokratie- Institutionen – Prozesse – Perspektiven, Bern, Stuttgart, Wien (1999: 100).

⁵⁵ Vgl. SCHALLER, Roland: Anhängerschaft, Mitglieder und Aktive – Zur Grösse der Parteien, in GESER et al: Die Schweizer Lokalparteien, Zürich (1994^b: 44).

Tabelle 2: Verortung auf der Skala für Einfluss nach Parteirichtung (Prozente).

	< 4	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	14 <
Gesamt	5.8	5.3	6.6	17.0	10.5	11.5	11.4	13.0	6.3	6.1	2.4	2.0	2.1
FDP	3.8	2.9	4.7	14.4	8.9	12.8	13.5	17.2	7.5	6.6	2.7	2.6	2.3
CVP	4.4	2.7	3.1	13.7	11.0	14.8	12.3	15.0	6.5	8.1	3.1	2.2	2.9
SVP	2.9	2.1	5.2	10.3	9.6	9.6	12.1	14.5	10.9	10.6	3.6	4.9	3.9
SP	5.8	6.9	8.3	21.4	13.9	9.9	12.3	11.3	4.0	3.4	1.8	-	0.8

Quelle: Eigene Berechnungen anhand der Daten des Forschungsprojekts „Lokalparteien 2002“.

Der Index für Einfluss und Macht steht ja als Indikator für das Innenleben der Partei. Diese Wahl wird nun nachträglich durch ein paar Korrelationsberechnungen mit anderen, für die parteiinterne Struktur und die Anzahl vertretener Eigeninteressen wichtige, Variablen bestätigt: So besteht ein statistisch hoch signifikanter Zusammenhang⁵⁶ mit der Anzahl Mitglieder ($r = 0.150$), der Anzahl Aktiven in der Partei ($r = 0.299$) und der Grösse der Anhängerschaft ($r = 0.153$). Es gilt also: Je grösser eine Lokalsektion ist, desto mehr Macht schreibt diese sich zu. Jedoch ist bei diesem unspektakulären Ergebnis zu beachten, dass die Kausalität nicht klar ist: Ob nun eine mächtige Partei viele Anhänger anzieht oder ob eine grosse Partei mehr Einfluss geltend machen kann, ist beides plausibel.

Die Wertigkeit der verschiedenen politischen Instanzen in einer Gemeinde wird unter anderem daran sichtbar, dass ein grösserer Zusammenhang zwischen dem Besitz des Gemeindepräsidentenamtes ($r = 0.277$), bzw. der Anzahl eigener Mitglieder in der Exekutive ($r = 0.273$) und der sich selber zugetrauten Macht besteht, als dies mit der Anzahl eigener Vertreter im Gemeindeparlament ($r = 0.089$) der Fall ist. Allerdings kann der tiefere Wert für die Gemeindeparlamente z.t. darauf zurückgeführt werden, dass diese nur in grösseren Gemeinden zu finden sind und dort kaum Monopolparteien vorhanden sind.

5.4. Konkurrenzindikator

Die Skala für Konkurrenz reicht von Null bis Zehn, wobei Zehn für die maximal mögliche Konkurrenz steht. Eine Mehrheit aller Parteien (52.3%) positioniert sich zwischen den Werten Fünf bis sieben, was mässiger, bzw. etwas stärkerer Konkurrenz entspricht. Rund jede fünfte Lokalsektion beschreibt die Konkurrenzsituation unter den ortsansässigen Parteien als schwach bis mässig. Von den Bundesratsparteien ist nicht etwa die SVP, welche in den meisten Gemeinden mit nur einer ansässigen Partei regiert,⁵⁷ mit den prozentual meisten konkurrenzarmen Lokalsektionen, sondern die FDP. Allerdings wenn

⁵⁶ Alle Pearsonkorrelationen sind auf dem 0.01 Level signifikant.

⁵⁷ Vgl. GESER (1994^a: 14).

man die drei höchst möglichen Ausprägungen betrachtet, ist von den vier grössten Parteien die SVP wiederum am schwächsten vertreten. Erstaunlich grosser Konkurrenz sehen sich die SP Sektionen ausgesetzt: Mehr als ein Drittel (34.4%) schätzt den Wettbewerb als stärker bis stark ein. Zum Vergleich: Ohne Unterteilung nach Partei sind es 27.8%, bei der FDP 28.6%, bei der CVP 27.7% und der SVP 26.7%.

Tabelle 3: Verortung auf der Konkurrenzskala nach Parteienrichtung (Prozente).

	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Gesamt	2.3	1.8	3.3	5.1	7.6	21.4	15.9	15.0	12.7	6.9	8.2
FDP	2.9	1.6	2.5	7.2	5.7	20.1	15.6	15.8	13.8	6.4	8.4
CVP	1.3	1.5	3.5	2.5	8.3	23.4	15.6	16.6	13.9	6.0	7.3
SVP	3.8	1.2	3.2	4.1	6.5	22.6	19.1	12.9	10.9	8.8	7.0
SP	1.4	1.2	3.5	3.0	10.2	17.4	15.1	13.7	15.3	7.2	11.9

Quelle: Eigene Berechnungen anhand der Daten des Forschungsprojekts „Lokalparteien 2002“.

Eine zentrale Grösse zur Deutung der Resultate ist die Korrelation⁵⁸ zwischen Konkurrenzindex und der Einwohnerzahl der Gemeinden: Je grösser eine Ortschaft, desto mehr Konkurrenz auch zwischen den Parteien ($r = 0.127$). Dies ist einleuchtend, da in grossen Orten auch mehr Parteien ansässig sind und diese gleichzeitig über eine tiefere direkte Mobilisierungsrate als in ländlichen Gemeinden verfügen,⁵⁹ wo die höhere soziale Einbettung und die starke lokale Verwurzelung zu einer grösseren Politisierung der Menschen führt. Zudem sind die politischen Probleme überschaubarer, was die Chancen, eine konstruktive Lösung zu finden erhöht und somit das Vertrauen in die politischen Instanzen erhöht.⁶⁰

Frühere Befunde, dass in der Schweiz die Lokalparteien auf Konkurrenz von aussen ihre aktiven Mitglieder mit dem Zugeständnis von mehr Mitbestimmungsrechten mobilisiert, werden bestätigt: Je mehr Parteienwettbewerb am Ort, desto mehr Einfluss haben die Aktiven ($r = 0.071$) und die parteieigenen Exekutivmitglieder ($r = 0.096$).

5.5. Ideologiedifferenz zu den überregionalen Parteien

Jeder Punkt auf der Skala für die ideologischen Spannungen zwischen der Lokalsektion und der kantonalen, bzw. nationalen Mutterpartei entspricht einem Differenzpunkt auf der Links-Rechts-Skala. Die meisten Parteien fühlen sich ziemlich stark mit den Mutterparteien

⁵⁸ Alle Pearsonkorrelationen sind auf dem 0.01 Level signifikant.

⁵⁹ Vgl. SCHALLER (1994^b: 45).

⁶⁰ Vgl. SCHALLER (1994^b: 45f.).

verbunden: 88.8% der Lokalsektionen verorten sich und ihre Mutterparteien nicht mehr als insgesamt drei Punkte auseinander. Von den Bundesratsparteien ist die FDP mit 91.6% am stärksten und sie SP mit 85.9% am schwächsten in den niedrigsten vier Punktwerten vertreten. Wenn man jedoch nur diejenigen Sektionen betrachtet, welche alle drei Ebenen einer Partei genau gleich verorten, ist die CVP mit 38% diejenige Partei mit den geringsten ideologischen Spannungen. Die SP bleibt mit lediglich 25.6% die Partei mit den meisten ideologischen Differenzen, allerdings schliesst die SVP mit 25.6% nahe auf. Nichts desto Trotz, fällt die SVP nicht wirklich durch einen erhöhten ideologischen Dissens unter den verschiedenen Stufen der Partei. Dieser Befund deutet darauf hin, dass die immer wieder auf nationaler Ebene angeführte Diskussion über eine Aufsplitterung der Partei nicht wirklich ein Thema bei der Basis ist.

Tabelle 4: Überregionale Ideologiedifferenz nach Parteienrichtung (Prozente).

	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	11 <
Gesamt	32.1	22.7	24.4	9.6	6.2	2.3	1.7	0.3	0.4	0.2	0.1	0.1	-
FDP	32.2	23.0	25.8	10.6	3.8	2.4	2.0	-	-	-	-	0.2	-
CVP	38.0	18.2	21.8	10.2	6.7	2.4	1.6	0.4	0.4	0.2	-	-	-
SVP	25.7	26.4	23.4	11.7	7.2	2.7	1.5	0.2	0.7	0.2	-	-	-
SP	25.6	25.0	27.0	8.3	8.3	2.1	1.9	0.4	0.2	0.6	0.4	0.2	-

Quelle: Eigene Berechnungen anhand der Daten des Forschungsprojekts „Lokalparteien 2002“.

Grössere ideologische Spannungen sind die Ausnahme: Von den über zweitausend verwertbaren Antworten, beschreiben nur vierundzwanzig eine Differenz von sieben und mehr Punkten. Davon stammen neun von der SP, jeweils fünf von der SVP und der CVP und eine von der FDP. Damit profiliert sich auch am oberen Ende der Skala die FDP als diejenige Bundesratspartei mit den geringsten ideologischen Differenzen.

Die Lokalparteien sehen ihre Differenzen etwas stärker mit der nationalen, als mit der kantonalen Partei: Der gesamte überregionale Ideologiedifferenzindex korreliert⁶¹ mehr mit der Differenz zu der nationalen ($r = 0.897$) als zu den kantonalen Mutterparteien ($r = 0.861$) und dies obwohl beide Ebenen gleichwertig im gesamten Index vertreten sind.

Die unterschiedliche Wertigkeit der verschiedenen Gemeindesektionen für die Mutterparteien wird unter anderem daran sichtbar, dass grössere Ortschaften tendenziell geringere ideologische Spannungen aufweisen ($r = -0.089$). Grund hierfür ist der höhere Einfluss, der eine Stadt Zürcher oder Stadt Berner Sektion geltend machen kann. Zudem wirkt sich auch die Intensität der Kommunikation zwischen den höheren Ebenen und den Regionalparteien, hier gemessen an der Anzahl aktiv teilgenommener Delegiertenversammlungen, auf geringere ideologische Spannungen aus ($r = -0.096$). Jedoch ist hier die Richtung des

⁶¹ Alle Pearsonkorrelationen sind auf dem 0.01 Level signifikant.

Zusammenhangs nicht eindeutig: Sowohl können die ideologischen Differenzen durch mangelnde Kommunikation verursacht werden, also auch das Fernbleiben durch bereits vorhandene Spannungen verursacht sein.

5.6. Thesen im Model

Die drei oben ausformulierten Thesen wurden in ein multivariates Regressionsmodell zusammengefasst, um gemeinsam möglichst einen Zusammenhang zwischen dem Umfeld und der Anzahl Konflikten innerhalb der Lokalparteien aufzuzeigen. Die hierfür gebildeten Indizes für Einfluss und Macht ($r = 0.126$), Konkurrenz mit den anderen ansässigen Parteien ($r = 0.156$) und überregionale parteiinterne ideologische Spannungen ($r = 0.074$) korrelieren⁶² jeweils für sich alleine auf statistisch hoch signifikantem Level mit dem Index für Konflikthäufigkeit. Das Vorzeichen der Korrelationen bestätigt dabei die Richtung des in den Thesen postulierten Zusammenhangs. Es gilt also: Eine Lokalpartei hat umso mehr parteiinterne Konflikt, je stärker die verschiedenen individuellen Interessen aufeinander stossen, je grösser der Druck von ausserhalb der Gemeinde und je grösser die Spannungen mit den Mutterparteien sind.

Um aber eine letztendliche Aussage über den Zusammenhang zwischen den Rahmenbedingungen generell und der Konflikthäufigkeit treffen zu können, ist die Analyse des letztendlichen multivariaten Regressionsmodells notwendig: Erfreulicher Weise ist das gesamte Model mit den drei darin enthaltenen unabhängigen Variablen statistisch hoch signifikant. Wie zu erwarten war, können jedoch nur 4.5% der Varianzen der abhängigen Variablen durch die unabhängigen erklärt werden. Dies mag auf den ersten Blick als wenig erscheinen, war aber aufgrund der Konfliktthematik nicht anders zu erwarten.

Tabelle 5: Das multivariate Regressionsmodell

		R Square	Signifikanz	
Gesamtmodel		.045	.000	
Variablen	B	Standardfehler	Beta	Signifikanz
Konstante	2.041	.181		.000
Konkurrenzindex	.125	.019	.157	.000
Index für Einfluss	.073	.015	.118	.000
Index für ideo. Diff..	.096	.027	.083	.000

Quelle: Eigene Berechnungen anhand der Daten des Forschungsprojekts „Lokalparteien 2002“.

⁶² Alle Pearsonkorrelationen sind auf dem 0.01 Level signifikant.

Der Beta-Koeffizient zeigt an, welchen Einfluss die unabhängigen Variablen auf die Streuung der abhängigen Variablen haben. Vereinfacht kann man damit auch die Bedeutung der verschiedenen Variablen für das Gesamtmodel gegeneinander abschätzen:⁶³ Analog der bivariaten Korrelationsstärke hat der Konkurrenzindex am meisten und die ideologische Differenz zu den Mutterparteien die geringste Erklärungskraft. Würde man aber die ideologischen Spannungen aus dem Model entfernen, könnte man mit dem Model statt den bisherigen 4.5% nur noch 3.5% der Varianz des Konflikthäufigkeitsindex erklären. Dennoch kann man insgesamt sagen, dass die Grundthese, welche einen Einfluss der Rahmenbedingungen der Lokalparteien auf deren innere Konflikthäufigkeit vermutet, bestätigt werden kann.

Die Operationalisierung der verschiedenen Thesen wurde möglichst allgemein gefasst. Möchte man nun einige Subgruppen einzeln betrachten, zeigt das so formulierte Model eine Schwäche: Wichtige soziale, regionale und kulturelle Eigenheiten können kaum berücksichtigt werden, was zur Folge hat, dass z.t. Indikatoren, welche für die Gesamtheit eine ausreichende Schärfe haben, nicht mehr am besten geeignet sind. So z.B. können für die FDP Sektionen alleine mit den Indizes für Einfluss und ideologische Spannung 4.3% aller parteiinternen Konflikte erklärt werden, während der Konkurrenzindex unsignifikant wird. Ähnliches gilt für die Lokalparteien der CVP: Nicht weniger als 8.7% der Varianz der abhängigen Variabel können anhand der Konkurrenz und den ideologischen Differenzen erklärt werden. Der Machtindex als Indikator für das Innenleben einer Partei bleibt jedoch ohne Gehalt. Bei der SVP und der SP sind gleich mehrere Indikatoren ungenau, was dazu führt, dass bei ihnen das gesamte Model nicht mehr aussagekräftig ist.

Die grösste Erklärungskraft hat das Model in den Gemeinden mit 2'000 bis 5'000 Einwohnern: Die drei unabhängigen Variablen können nicht weniger als 6.9% der Konflikthäufigkeiten erklären. Hier ist offensichtlich der soziale Rahmen genug familiär, damit man als normaler Bürger seine Eigeninteressen in einer Partei vertritt und gleichzeitig auch ein ausreichender Parteienwettbewerb herrscht.

6. Schlussbetrachtung

Ziel dieser Arbeit war es, die Rahmenbedingungen unter denen Konflikte innerhalb von Lokalparteien häufiger auftreten zu analysieren. Bereits die genaue Definition von Konflikten zeigte die grundsätzliche Schwierigkeit dieses Vorhabens auf: Konflikte werden individuell erlebt und wahrgenommen. Es gibt also keinen absoluten, objektiven und linearen Zusammenhang zwischen Umfeld und letztendlich auch eingetrossenen Konflikt. Zudem

⁶³ Vgl. Wagschal (1999: 234).

können Konflikte sehr unterschiedlich in ihrer Form, Ursache, Intensität und Wirkung sein, so dass man letztendlich ein möglichst breites, dabei aber auch sehr subjektives Verständnis von Konflikten betrachten muss. Ähnliches gilt auch für die äusseren Rahmenbedingungen, welche subjektiv erlebt und interpretiert werden. Die Vorstellung, mit rein objektiven Variablen einen subjektiven Prozess erklären zu können, ist deshalb utopisch. Aus diesem Grund werden auch zur Messung der Rahmenbedingung objektivierte Messgrössen angewandt.

Das Umfeld der Lokalparteien wurde mit drei Ebenen definiert, wobei jede eine Quelle für Konflikte sein kann. Es sind dies das Innenleben der Partei als solches, die örtlichen Rahmenbedingungen und die überregionale Einbettung der Lokalpartei. Die konkrete Operationalisierung wurde unter dem Aspekt vorgenommen, möglichst Variablen zu wählen, die einerseits zentral für den jeweiligen Umfeldbereich sind, gleichzeitig aber auch in einem direkten theoretischen Zusammenhang als mögliche Konfliktursache stehen. Die so gebildeten Indizes für Einfluss, Konkurrenz und überregionale ideologische Spannungen sind sehr allgemein gefasst, was bei der letztendlichen Anwendung des Gesamtmodells auf verschiedene Subgruppen zu Ungenauigkeiten führt.

Das finale multivariate Regressionsmodell kann anhand der drei unabhängigen Variablen 4.5% der Varianz der parteiinternen Konflikthäufigkeit erklären. Dies ist in Betracht der grossen Subjektivität und Individualität der Thematik beachtlich. Insbesondere da die Operationalisierung für alle Lokalparteien gleichzeitig, ohne Berücksichtigung von kulturellen, sozialen und lokalen Besonderheiten vorgenommen wurde. Dennoch bleibt eine Unsicherheit: Dadurch, dass keine objektiven, sondern nur objektivierte Grössen zur Klärung der parteiinternen Konflikthäufigkeit herangezogen wurden, kann man nicht mit allerletzter Sicherheit sagen, ob nun wirklich beispielsweise die Konkurrenz zusätzliche parteiinterne Konflikte verursacht oder ob nicht bloss Leute, die eine schärfere soziale Wahrnehmung haben und daher sowohl Konkurrenzsituationen, als auch Konflikte bewusster erleben, den statistischen Effekt erzeugen. Doch selbst wenn dem so wäre, wäre dies ein beachtlicher Befund.

Der Theorie des Konfliktpotentials einer Situation folgend unterstützt diese Arbeit den Einfluss der Rahmenbedingungen auf die Konflikthäufigkeit auch innerhalb von Lokalparteien. Dabei kann an dieser Stelle nur eine erste Gesamtübersicht über die Zusammenhänge von Umfeld und innerparteiliche Konflikte gegeben werden. Denkbar wäre z.B. eine genauere Unterscheidung der Konflikte und ihrer Rahmenbedingungen anhand ihrer positiven oder negativen Wirkung, der Bewältigungsweise und der Art, wie diese Bewertet werden. Allerdings wäre hier ein stärkerer interdisziplinärer Ansatz, insbesondere mit der Psychologie notwendig.

7. Literaturverzeichnis

Verwendete Literatur:

- BACHRACH, Peter / BARATZ, Morton: Macht und Armut, Frankfurt am Main 1977.
- BALLMER-CAO, Thanh-Huyen / GESER, Hans: Die Lokalsektion und ihre Kantonalpartei, in: GESER et al: Die Schweizer Lokalparteien, Zürich 1994.
- BECKER, Henning: Psychologisches Konfliktmanagement, München 1996.
- DEUTSCH, Morton: Konfliktregelung – Konstruktive und destruktive Prozesse, München 1976.
- ESSER, Werner – Michael: Individuelles Konfliktverhalten in Organisationen, Stuttgart 1975.
- GESER, Hans: Die kommunalen Parteien der Schweiz als Gegenstand der soziologischen Analyse, in: GESER et al: Die Schweizer Lokalparteien, Zürich 1994^a.
- GESER, Hans: Innerparteiliche Einflussverhältnisse, in: GESER et al: Die Schweizer Lokalparteien, Zürich 1994^b.
- GLASL, Friedrich: Konfliktmanagement – Ein Handbuch für Führungskräfte, Beraterinnen und Berater, Bern, Stuttgart 1999.
- KATZ, Richard / MAIR, Peter: Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party, in: Party Politics 1:1 1995.
- KIRSCH, Werner: Entscheidungen in Organisationen, in: KIRSCH, Werner Einführung in die Theorie der Entscheidungsprozesse, Wiesbaden 1977.
- KRIESI, Hanspeter: Le système politique suisse, Paris 1995.
- LADNER, Andreas: Sachpolitische Schwerpunkte, in: GESER et al: Die Schweizer Lokalparteien, Zürich 1994.
- LINDER, Wolf: Schweizer Demokratie- Institutionen – Prozesse – Perspektiven, Bern 1999.
- LIPSET, Seymour Martin / TROW, Martin / COLEMAN, James: Union Democracy – The Internal Politics of the International Typographical Union, Garden City, New York 1962.
- RASCHKE, Joachim: Organisierter Konflikt in westeuropäischen Parteien – Vergleichende Analyse parteiinterner Oppositionsgruppen, Opladen 1977.
- REGNET, Erika: Konflikte in Organisationen – Formen, Funktionen und Bewältigung, Göttingen 2001.
- RÜTTINGER, Bruno / SAUER, Jürgen: Konflikt und Konfliktlösen – Kritische Situationen erkennen und bewältigen, Leonberg 2000.

- SCHALLER, Roland: Die politische Orientierung der Lokalparteien, in GESER et al: Die Schweizer Lokalparteien, Zürich 1994^a.
- SCHALLER, Roland: Anhängerschaft, Mitglieder und Aktive – Zur Grösse der Parteien, in GESER et al: Die Schweizer Lokalparteien, Zürich 1994^b.
- SCHULTZE, Rainer – Olaf: Partei, in: NOHLEN, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik München 1998.
- MINKENBERG, Michael: Die neue radikale Rechte im Vergleich – USA, Frankreich, Deutschland, Opladen 1998.
- MÜLLER – BADER, Peter: Konflikt und Leistung – Ein Beitrag zur Analyse der Leistungswirkung betrieblicher Konflikte, München 1977.
- WAGSCHAL, Uwe: Statistik für Politikwissenschaftler, München 1999.
- WEBER, Max: The Interpretation of Social Reality, London 1972.
- WIESENDAHL, Elmar: Parteien und Demokratie – Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung, Opladen 1980.

Weitere zitierte Quellen:

- BARON, R.A.: Negative effects of destructive criticism: Impact on conflict, self-efficacy and task performance, in: Journal of Applied Psychology 73 1988.
- NF-PROJEKT „LOKALPARTEIEN 2002“: Das Forschungsprojekt, Internetdownload (14.9.2003): <http://www.kpm.unibe.ch/ladner/parteienforschung/lokalparteien2002.html>.
- SOZIOLOGISCHES INSTITUT DER UNIVERSITÄT ZÜRICH: Vierzehn Jahre politischer Wandel, Internetdownload (15.9.2003): <http://www.socio.ch/par>.